

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

30. April 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Hermann-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Volksentscheid - die einzige Lösung.

Vier Parteien suchen eine Parole. - Vollständige Verwirrung.

Es lebe die Parole! Das ist jetzt der Schlachtruf der Regierungsparteien in der Fürstenfrage. Es lebe die Parole, die den Volksentscheid in der Fürstenfrage kaputt macht - was aus den Fürstenforderungen wird, ist die kleinere Frage. Aber woher die Parole nehmen? Vier Monate Arbeit des Rechtsausschusses ohne Resultat - das ist keine tröstliche Parole. Vertrauen auf die Regierungsparteien oder ihren Kompromißentwurf? Das giebt auch nicht mehr. Wenn heute das Zentrum gegen den Volksentscheid aufruft unter Hinweis auf sein Kompromiß als Ausfluß reinsten Gerechtigkeits und Quintessenz christlicher Ethik, wird ein bitteres Hohnlachen seiner Anhänger die Folge sein.

Die Parole, die Parole!
Samiel hilf! Herr Schulz hat Herrn Luther, den Reichskanzler, angerufen, und wenn er auch noch keine Parole erhalten hat, so hofft er doch wenigstens auf eine, so daß man in der „Täglichen Rundschau“ liest:

Man kann hoffen, daß auf Grund dieser Besprechungen die Regierung mit einer eigenen Vorlage hervortritt, die das Problem der Fürsteneinsetzung unter Anlehnung an den Kompromißentwurf zu lösen vermag. Dieser Entwurf wird noch vor dem Volksentscheid, vielleicht schon in verhältnismäßig kurzer Zeit, an den Reichstag gelangen. Es wäre damit natürlich nicht gesagt, daß er noch vor dem Volksentscheid auch verabschiedet wird. Damit wird man erst rechnen können, wenn der Volksentscheid erledigt ist. Die Vorlage der Regierung wäre aber doch ein sichtbares Zeichen und eine moralische Gewähr, daß eine für beide Teile annehmbare parlamentarische Regelung in der Frage der Fürsteneinsetzung unter Führung der Regierung angestrebt und durchgeführt werden wird. Und damit wäre eine Gegenparole gegen den Enteignungsantrag ausgegeben, die sicher ihre Wirkung auf unendlich viele nicht verfehlen wird, die sich sonst von der Hege der Kommunisten und Sozialdemokraten zum Volksentscheid an die Urne bringen lassen. Tritt die Initiative wirklich, wie angedeutet, in die Erscheinung, so wird man sich daran eine große und tiefe Wirkung versprechen können. Von parlamentarischen Kompromißverhandlungen kann man sie nicht mehr erwarten.

Man kann hoffen - das ist doch noch eine tröstliche Parole! Die Regierung macht eine Vorlage - das ist noch tröstlicher. Sie wird zwar nicht verabschiedet, und was daraus wird, weiß nicht einmal der Rechtsausschuß - aber man hat eine Gegenparole, ein sichtbares Feldzeichen gegen den Volksentscheid. Zwar mit der „moralischen Gewähr“ ist das eine eigene Sache, und mit der „großen und tiefen Wirkung“ erst recht; denn wer wird etwas anderes erwarten, als daß auch diese Vorlage nach mehrmonatiger Arbeit des Rechtsausschusses lang- und klinglos begraben wird, wenn sie nichts anderes sein soll als ein denaturierter Aufguß des Kompromisses!

Der Trost der Volkspartei, die Parole Regierunginitiative enthält, was sie will: Sabotierung des Volksentscheids, Sabotierung einer materiellen gesetzgeberischen Regelung der Fürstenfrage. Sie will kein Gesetz, nur eine Parole.

Es lebe die Parole, die Parole ist alles - so denkt man auch in der Reichstagsfraktion des Zentrums, und fiel deshalb über die Rede des Zentrumsabgeordneten Schulte aus einem Entsetzen in das andere. Eine Kapuzinade gegen die Begehrlichkeit der Massen, die sich gegen die Habgier der Fürsten zur Wehr setzen - das soll eine Parole gegen den Volksentscheid sein? Die Parole hat schon ihre „große und tiefe Wirkung“ gehabt. Ueber die Zentrumsfraktion ist ein Hagel von entrüsteten Protesttelegrammen von Zentrumsmitgliedern und -organisationen hereingebrochen.

Es ist Herrn Schulte in seiner eigenen Fraktion schlecht gegangen, und nun bemüht er sich, den Schaden zu reparieren. In der „Germania“ veröffentlicht er folgende Erklärung:

„Meine Erklärung in der Mittwochssitzung ist durch einen Zwischenfall unterbrochen worden. Es haben sich auch Kommentare daran geknüpft, die meine Ausführungen nicht richtig wiedergeben. Das gibt mir Anlaß zu folgenden Feststellungen:

1. Die von mir abgegebene Erklärung war bestimmt, die Meinung meiner politischen Freunde wiederzugeben. Die Formulierung im einzelnen mußte infolge der Geschäftsfrage mit allein überlassen bleiben.
2. Die Sätze, die sich auf den zweiten Teil des Beschlusses beziehen, sind in verschiedenen Presseberichten unrichtig und unvollständig wiedergegeben.
3. Die aus dem unkorrigierten stenogramm zu entnehmen ist, habe ich nicht von einer Steigerung vorhandener Begehrlichkeit der breiten Volksmassen, sondern von ihrer Erregung gesprochen.
4. Meine Absicht war lediglich die, darauf hinzuweisen, daß dieser zweite Artikel des Gesetzes im Grunde irrtümlicherweise verstanden wird, als ob aus dem enteigneten Fürstentum vermögen eine direkte Verteilung stattfände. Es ist bekannt, daß sogar über das Ausmaß etwa zu erlangender Vorteile Berechnungen angestellt worden sind. Ich habe weiter

gesagt, daß diese Hoffnung eine irrige sei. Eine schwere Enttäuschung würde sich derer bemächtigen, die dem Gesetz ihre Zustimmung geben würden, und in einer späteren Zeit würde man denen, die das Zustandekommen dieses Gesetzes betrieben haben, mit Recht die schwersten Vorwürfe machen, weil die gehegten Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen sind. Ich füge hinzu, daß auch die Linksparteien gut daran täten, vor solchen trügerischen Erwartungen rechtzeitig zu warnen. Diese meine Auffassung wird auch von meinen politischen Freunden geteilt.

S. Nachdem aber die von mir geräumte Wendung eine Auslegung erfahren hat, zu der kein Anlaß gegeben, und die mir natürlich völlig fern lag, halte ich mich für verpflichtet, diese mißverständlichen Worte hiermit noch ausdrücklich zurückzuziehen.

Doch kaum war ihm das Wort entfahren, möcht' ers im Busen gern verwahren... Seine Erklärung muß man im vollen Wortlaut wiedergeben, um ihre ganze Schönheit ermessen zu können. Erst die Reichstagsrede in der Tomart eines Staatsanwalts voller Entrüstung über die Begehrlichkeit der Massen, dann die Erklärung: ich habe nichts gesagt, und zum Schluß: ich habe zwar nichts gesagt, aber ich nehme alles zurück. Man sagt, Herr Schulte sei ernsthafter Kandidat für die Nachfolge von Marx im Justizministerium gewesen...

Wer erst so spricht, und dann so zurücknimmt, der steht nicht mit gutem Gewissen bei seinen Worten, der ist innerlich unsicher und erschüttert - weil die gute Sache nicht mit ihm, sondern gegen ihn ist.

Es lebe die Parole - aber welche Parole? Parole Hoffnung auf die Regierunginitiative oder Parole: Schulte hat nichts gesagt? Es ist nicht nur Mangel an Führung und innere Verwirrung, was aus der Haltung der Regierungsparteien spricht. Es ist die Tatsache, daß sie die Fühlung mit dem Willen des Volkes verloren haben, und es ist Mangel an Würde.

Wägen sie nach Mitteln zur Verzögerung und zur Bekämpfung des Volksentscheids suchen: um so klarer wird, daß das Volk selbst entscheiden muß. Es lebe der Volksentscheid!

Das hat gefressen!

Die Rechtspresse über Saengers Rede.

„Kreuz-Zeitung“ (Ueberschrift: „Neue rote Schimpfkanonade“):

Was es beim Entwurf über Enteignung der Fürstenthümer gab, kann nur der amtliche Bericht eine „Beratung“ nennen; es war eine ekle, wüste Hege gegen die Fürstenthümer, besonders die Hohenzollern, verübt von dem Sozialdemokraten Saenger. Dieser norddeutsche Rechtsanwalt in München hat vor einiger Zeit in der „Neuen Welt“ das wertvolle Volk von Berlin mit einer Rede versorgt, in der er auch alle Gehässigkeiten der roten Presse über die deutschen Fürstenthümer mit breitem Behagen verarbeitet hatte. Gestern servierte er seinen Giftbrei im Reichstag. Der rote Hezer begann...

„Deutsche Zeitung“ (Ueberschrift: „Beispiellose sozialistische Schmäherei“):

Bei dieser Gelegenheit hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Saenger eine beispiellose Schmäherei, in der er sich zunächst gegen Bayern wandte, dann auch die Vormundhaft des demokratischen Freundes Rütz zurückwies, um schließlich zu hemmungslosen Hezereien gegen die Fürsten zu gelangen. Saenger schloß seine Rede (man muß das Bild dieses geschnittenen und gebügelt und in manierierter Weise sprechenden „Revolutionärs“ vor Augen haben) mit folgenden Sätzen:...

„Deutsche Tageszeitung“ (Ueberschrift: „Sozialdemokratische Schmäherei der Fürstenthümer“):

Als erster Redner sprach der sozialistische Abgeordnete Saenger, der sich mit der einer bestimmten Klasse eigenen rabulistischen Geschildertheit aus 1000 Jahren deutscher Kaisergeschichte mühsam vielleicht ein knappes Duzend Fälle herausuchte, wo menschliche Unvollkommenheit Schatten auf den Glanz der Kaiserkrone warf. Der Redner, gleich seinem jüdischen Kollegen von vorgestern, Rosenfeld, sicherlich am berufensten über deutsche Angelegenheiten mit großen Worten den Richter spielen zu wollen, tat dies mit dem schlürfenden Behagen eines degenerierten Genieheerums, das gesunde Kost nicht mehr verträgt und seine Instinkte nur noch auf das Verderbliche eingestellt hat.

Wenn man sich nicht anders helfen kann, kommt man mit antisemitischen Kuppereien, an denen aber das Verführerische ist, daß sie sich ganz unparteiisch gegen jeden Unbequemen richten, mag er nun Jude sein oder - wie der Genosse Saenger - auch nicht.

Aus den Tönen, die die Rechtspresse anschlägt, kann man deutlich erkennen, wie groß ihr Schmerz über diese Rede ist.

Der Landtag von Schaumburg-Lippe nahm am Donnerstag einen Beschlussempfehlung an, nach dem über den Ausschluß des Landes an den preussischen Staat am 6. Juni eine Volksabstimmung stattfinden soll.

Konstruktiver Sozialismus.

Die Arbeiterbewegung in Palästina.

Von Felix Fechenbach.

Tel-Aviv, April 1926.

Die Arbeiterbewegung in Palästina hat infolge der besonderen Bedingungen des Landes als Einwanderungsland und wegen der Notwendigkeit, in dem völlig verwahrlosten Lande erst eine Wirtschaft aufbauen zu helfen, naturgemäß ganz eigenartige, diesen besonderen Verhältnissen angepaßte Formen hervorgebracht. Dazu kommt noch, daß die jüdische Arbeiterbewegung darüber hinaus die Aufgabe hat, den sozialen Umstellungsprozess unter den jüdischen Einwanderern in Palästina zu fördern.

Ein großer Teil der Einwanderer waren in Europa - meist Osteuropa - Angehörige irgendeines unproduktiven Berufes, wie Händler, kaufmännische Angestellte oder auch Intellektuelle. Der Aufbau Palästinas verlangt aber die Rückkehr zu produktiven Berufen, insbesondere zur Landwirtschaft. So fällt der Arbeiterbewegung noch eine besondere Aufgabe in diesem sozialen Umstellungsprozess zu. Notwendig ergab sich hieraus ein ganz anders gearteter Aufbau der Arbeiterorganisationen, als wir sie in Europa kennen. Die „Histadruth“ (Allgemeine Arbeiterorganisation) ist nicht nur die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft, sondern zugleich eine Zentralstelle für alle landwirtschaftlichen und städtischen Genossenschaften der Arbeiterschaft, die beim Aufbau des Landes eine hervorragende Rolle spielen. Gleichzeitig unterstehen auch alle anderen Einrichtungen der Arbeiterbewegung, wie die Arbeiterbank, Krankenkasse usw. der Kontrolle der Allgemeinen Arbeiterorganisation.

Die Histadruth hat es verstanden, 85 Proz. der Arbeiterschaft zu organisieren; an einzelnen Orten sogar 100 Proz. Während 1921 nur 4500 Organisierte gezählt wurden, hat die Histadruth heute bereits 22000 Mitglieder, darunter 3000 weibliche.

Der Aufbau der Organisation gründet sich nicht, wie in Deutschland auf die Fachverbände, die dann in einer Spitzenorganisation zusammengefaßt sind, sondern jeder Arbeiter ist Mitglied der Allgemeinen Arbeiterorganisation, und innerhalb dieser Organisation bestehen einige Landesfachverbände: Landarbeiter, Eisenbahner, Angestellte, Bauhand. Alle übrigen Fachorganisationen sind zunächst nur örtlich zusammengefaßt. Die Beiträge werden von der Histadruth eingezogen, von der in der Regel die Fachverbände ihr Budget erhalten. In den einzelnen Orten besteht ein Arbeiterausschuß - an Stelle des Deutschen Gewerkschaftsrateils -, der aber nicht von den Fachverbänden, sondern in Urwahl von sämtlichen Organisierten des Ortes gewählt wird. Er entscheidet über Streiks usw. Bei größeren Aktionen hat die Landesdirektive der Histadruth zu entscheiden, die überhaupt jeden Beschluß eines örtlichen Arbeiterrats oder irgendeiner anderen Arbeiterinstitution aufheben kann, wogegen dann Beschwerde an einen Ausschuß von 31 Mitgliedern möglich ist, der alle vier Monate zusammentritt und von der Generalkonferenz zur Unterstützung der Arbeit der Exekutive gewählt ist. Gegen die Beschlüsse des Arbeiterausschusses ist Beschwerde an die Generalkonferenz möglich, die ebenso, wie die örtlichen Arbeiterräte, nicht durch die Fachverbände, sondern von allen Organisierten des Landes in Urwahlen gewählt wird.

Die größte Bedeutung beim Aufbau des Landes kommt den sozialistischen landwirtschaftlichen Siedlungen zu. Hier sind zunächst nicht alle kapitalistische Formen durch revolutionäre Aktionen zu überwinden - das Land soll ja erst aufgebaut werden -, sondern beim Aufbau des Landes müssen jetzt schon die Grundsteine zu einer sozialistischen Entwicklung gelegt werden. Die alte Kolonisationsarbeit des Baron Rothschild war auf Schaffung rein privatkapitalistischer Siedlungen gerichtet. Die Siedler aus dieser Epoche wurden nicht selbstwerbende Bauern, sondern Plantagenbesitzer, die billige Jellachenarbeit ausbeuteten und seit einigen Jahren auch jüdische Arbeiter beschäftigten, die, um konkurrieren zu können, sich in Wohn- und Verpflegungsgemeinschaften zusammengeschlossen haben. Hier arbeiten sie gewöhnlich zwei Jahre, ehe sie zur Ansiedlung in einer landwirtschaftlichen Arbeiter-Siedlung kommen.

Ganz anders liegen die Verhältnisse in den sozialistischen Arbeiter-Siedlungen. Sie sind aufgebaut auf dem Grundsatz der Selbstarbeit unter Ausschluß der Lohnarbeit. Der Boden gehört dem jüdischen Nationalfond und wird von den Siedlern nur gepachtet. Zur Anschaffung von Maschinen, Vieh und für sonstige Investitionen bekommen sie vom zionistischen Aufbaufond Anleihen, die innerhalb 50 Jahren zu amortisieren sind. Es ist klar, daß die Arbeiter-Siedler bei aller Hingabe und bei allem Opfermut, den sie ihrer Aufgabe entgegenbringen, die sozialistischen Siedlungen nicht aufbauen könnten ohne die finanzielle Hilfe der zionistischen Geldinstitute, die ihre Gelder durch ein großorganisiertes Spendenwerk von den vermögenden Juden Europas und Amerikas einziehen. (Nationalfond oder Bodenbau- und Aufbaufond). Neben der zionistischen Organisation finanzieren noch zwei andere Institutionen die Einrichtungen und Unternehmungen der Arbeiter-Schaft: Die Arbeiterbank und der Palästina-Arbeiterfond.

Wenn man versandete oder versumpfte Böden gesehen hat, die vom Nationalfond zur Urbarmachung und Besiedlung angekauft wurden und kommt dann in die Siedlungen, die schon einige Jahre bestehen und inzwischen zu

fruchtbareren Pändereien umgewandelt wurden, dann begreift man erst die Größe des Wertes, das hier von der Arbeiterkraft geschaffen wird. Unter Entbehrungen und Malaria-gefahr mußten die Sümpfe trockengelegt werden, in der glühenden Sonne Palästinas — Höchsttemperatur 42 bis 45 Grad Celsius — wird schwere landwirtschaftliche Arbeit geleistet, und das alles von Menschen, die an körperliche Arbeit nie gewöhnt waren und keine oder nur geringe landwirtschaftliche Kenntnisse hatten.

Trotz all dieser Schwierigkeiten und trotz des oft mangelnden Geldes für die Kolonisationsarbeit gelang es, einen jüdischen Bauernstand zu schaffen, und heute leben bereits rund 4000 Menschen in den sozialistischen Siedlungen und bearbeiten 85 000 Dunom Boden. (1 Dunom gleich 9 Hektar). Im Jahre 1921 lebten nur 560 Menschen auf 17 000 Dunom.

Man hat drei verschiedene Typen von Arbeiter-siedlungen geschaffen und es bleibt jeweils den Siedlern überlassen, darüber zu entscheiden, in welcher Form der Gemeinschaft sie leben wollen. Die erste Form war die kleine Kuzah (landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft), die auf dem Grundsatz der gemeinsamen Arbeit, Wohnung und Verpflegung, gemeinsame Kindererziehung usw. aufgebaut ist. Die Siedler sind hier meist durch Freundschaft, gemeinsame Herkunft und Vergangenheit eng miteinander verbunden, und die kleinen Kuzah umfassen gewöhnlich 50 bis 100 Siedler. Die große Kuzah (große Kommune) dagegen nimmt ihre Mitglieder lediglich nach den Bedürfnissen der Wirtschaft auf und ist ganz auf landwirtschaftlichen Großbetrieb eingerichtet. Sie zählt zwischen 200 und 400 Köpfe.

Solche sozialistische Großbetriebe gibt es zurzeit zwei: Ein Charod und Tel Josef. Beide im Emel Jestreel, das zum großen Teil verpumpt war und heute zu den fruchtbarsten Böden gehört. In Ein Charod verbindet man mit der Landwirtschaft die Anlage von gewerblichen und industriellen Betrieben, wie mechanische Tischlerei, Mühle, Gerberei usw. und will demnächst eine Konjervenfabrik errichten. In Tel Josef, das dem Gedud (Region der Arbeit) angegeschlossen ist, beschränkt man sich zunächst nur auf die landwirtschaftliche Arbeit, abgesehen von notwendigen Gewerbebetrieben, wie eine kleine Tischlerei, Schmiede, Schuhmacherei usw.

Neben diesen beiden sozialistischen Formen der Siedlung gehört zu den Arbeiter-siedlungen noch eine dritte Form, der Moschaw Dwbim (Siedlung der Arbeitenden). Diese Siedlungsart ist eine individuelle Bauernsiedlung auf kooperativ-genossenschaftlicher Grundlage. Aber auch hier ist der Boden nur vom Nationalfonds gepachtet und Selbstarbeit der Familie unter Ausschaltung von Lohnarbeit Grundsatz. Es ist ein Versuch, die individuelle Bodenbearbeitung mit Kooperation in verschiedenen Arbeitszweigen zu verbinden. Große Maschinen sind Gemeinbesitz; es gibt eine gemeinsame Milch-wirtschaft, gegenseitige Hilfe bei Krankheits- und Unglücksfällen, und es scheint jetzt eine Entwicklung eingeleitet zu haben, noch neue Arbeitsgebiete kooperativ zu gestalten, wie zum Beispiel gemeinsame Bäder usw.

Neben den landwirtschaftlichen Kooperativen bestehen noch über 40 städtische Kooperationsbetriebe, von denen die bedeutendste der „Solel Boneh“ (Baukooperative) ist, der mit seinen 2000 Beschäftigten der größte Bauunternehmer des Landes ist und 50 Proz. des Baumarktes beherrscht. Durch einen besonderen Aufbau hat auch hier die Allgemeine Arbeiterorganisation eine unbedingte Kontrolle.

Zum deutschen Delegierten bei der Abrüstungskonferenz ist der demokratische Reichstagsabgeordnete Graf von Bernstorff, früher deutscher Botschafter in Washington, ernannt worden.

Ein englischer Wahltag. Bei der Nachwahl zum Parlament in dem Londoner Vorort Cosham erhielt Miss Susan Lawrence (Arbeiterpartei) 10 798, Jarrett (Konjunktions) 9171 und Burgin (Liberal) 6603 Stimmen. Der bisherige Vertreter des Wahlkreises im Parlament war ein Konjunktionspartei. Da in England relative Mehrheit genügt und es keine Stichwahlen gibt, ist Genoffin Lawrence gewählt.

Frühling im Kohlenrevier.

Von Heinz Eisgrüber.

Zwischen Hügeln liegt die Bergwerksstadt. Aber es sind keine Hügel, auf denen ozonatmende Tannenwälder stehen oder Rinderherden weiden und Bauern pflügen. Es sind Halben, Kohlenhalben, Gesteinhalben.

Vor Menschenaltern hing es an. Als sie die erste Achse aus der Tiefe holten und das blinde Gestein auf den grünen Kasten schütteten. Die Steinhaufen wuchsen, einer neben dem anderen. Unausgesprochen spielten die Schächte Steine und Schutt aus. Kotzerien warfen über das hellgraue Gestein die dunkelgraue Schlacke. Die Halben trafen um sich, gierten polypengleich das grüne Land in sich. Zu Füßen der grauen Pyramiden sprangen Quellen auf: die abfließenden Schlammgewässer der Tiefe, die Abwässer der Maschinen. Sie flossen in die Bäche und Flüsse und färbten die glasklaren dunkel und trüb. Eisen wuchsen hoch, und ihr Quarm legte sich an den Hängen fest, daß das Auge die Farben des Firmaments nur mehr mit Grau überzogen erblickte.

Nüchtern sah es um die Bergwerksstadt aus, als habe man sich bemüht, der Erde alle verlockende Schönheit zu rauben, auf daß es den Männern, den Sklaven des Werks, nicht gar zu schwer falle, die schöne Oberfläche mit der mühen Tiefe zu tauschen. Auf daß sie gefügiger sich in ihre Not ergäben.

Jetzt aber ist der Frühling gekommen über dieses graue Land der Dede, in die Wüstenei der Arbeit.

Zu Füßen der Halben begann es. Schüchtern wagten sich ein paar blaugrüne Grasspitzen ans Licht. Dann blühten auf einmal grau-grüne Flecke um die Stein- und Schutthügel. Birkenstämmelein, verkrüppelt und in grauem Rindenkleid, belaubten sich zartgrün. An den Stellen, wo schwarze Leitungsröhre, von Hügel zu Hügel ziehend, die Erde berührten, sprossen Grassbüschel. Aermliche Schrebergärten, zwischen Halben und Schlammgräben eingezwängt, mühsam der Verwüftung abgerungen, gaben farbigen Kräutern Luft und Leben. Und auf ganz, ganz alten verlassenen, verrosteten Halben trocknen dünne Grassäden zwischen den Schlacken.

Zärtlich streicheln die müden Blicke der bleichen Kumpels über die neue, grau-grüne Welt, die sich in ihre Stein- und Schuttwelt wagt. Ein schwarzer Hoffnungsschimmer fliehet sich ihnen ins Herz. Der schmutzige Himmel über den Häuptern hat sich ein wenig gelichtet. Es geht sich ein wenig leichter und aufrechter. Die krummen Rücken versuchen, sich ein wenig zu strecken. Wie in den Gräsern und Baumstämmen will auch in den Leibern und Seelen der Saft hochschießen. Der Frühling ist da. Die Erde erwacht. Und will auch die blauen Kumpels, die von der Schicht heimkehren, onsteden. Sines hat einen hellen Pfiff. Da schauen die Mädeln um, die vor ihnen stehen.

Senkung der Börsenumsatzsteuer.

Die Regierung verzichtet auf 15—20 Millionen.

Vor einigen Tagen ist mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung die Absicht hat, die schon seit längerer Zeit geplante Senkung der Börsenumsatzsteuer nunmehr auf dem Verordnungswege durchzuführen. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold habe auch bereits Fühlung mit den Parteien genommen. Jetzt wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung inzwischen den Beschluß gefaßt hat, die Börsenumsatzsteuer auf die Hälfte des bisherigen Satzes zu senken.

Diese Mitteilung muß die größte Ueberraschung hervorgerufen, zumal die Behauptung, daß mit den Parteien verhandelt worden sei, soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, unrichtig ist. Formell steht zwar das Recht des Finanzministers zur selbständigen Senkung der Börsenumsatzsteuer fest. Tatsächlich aber ist für eine solche Maßnahme kaum eine Mehrheit im Reichstage vorhanden. Bei den Beratungen über das Steuerermäßigungs-gesetz haben sowohl das Zentrum als auch die Sozialdemokratie, die damals bereits beabsichtigte Herabsetzung der Börsenumsatzsteuer entschieden bekämpft. Der Redner des Zentrums hat sogar angekündigt, daß seine Fraktion sich einen Antrag auf Aufhebung im Reichstage vorbehalten müsse, falls der Finanzminister die Senkung der Börsenumsatzsteuer selbständig vornimmt.

Soweit wir unterrichtet sind, hat sich diese Stellung von zwei großen Parteiennicht geändert. Dazu liegt auch keine Veranlassung vor. Denn die Voraussetzung für eine Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer, daß sie volkswirtschaftlich notwendig und nützlich ist, ist nicht gegeben. Erst im August 1925 ist die Börsenumsatzsteuer ermäßigt worden. Bei Aktien beträgt sie bei Händlergeschäften 10 Pf., bei Kunden- und Privatgeschäften 30 Pf. für je 100 M. Bei Staats- und Gemeindepapieren sinkt die Belastung auf 3 bis 4 Pf. für je 100 M. Daß diese niedrigen Sätze für einen normalen Geschäftsverkehr an der Börse ein irgendwie nennenswertes Hindernis darstellen, kann nach den Erfahrungen insbesondere der letzten Monate kaum behauptet werden. Auch bei der jetzigen Belastung vollzieht sich der Verkehr an der Börse durchaus reibungslos, wenn man von den durch die allgemeine Kapitallage bedingten Hemmnissen absieht. In den letzten Monaten ist er sogar teilweise sehr stark gewesen. Unter diesen Umständen vermögen wir in der angekündigten Maßnahme lediglich einen Privatvorzug für die unmittelbar an der Börse interessierten Geschäftskreise zu erblicken.

Dazu aber liegt keinerlei Anlaß vor. Wenn der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister sich voreilig und ohne gründliche sachliche Prüfung den Bank- und Börsenkreisen gegenüber zur Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer verpflichtet haben, so ist das kein Anlaß für das Parlament, diese Verpflichtung einzulösen, wenn es sie sachlich für falsch hält und wenn sie 15 bis 20 Millionen Mark jährlich kostet. Da der § 62 des Kapitalverkehrssteuergesetzes bestimmt, daß die auf Grund dieser Ermächtigung angeordneten Maßnahmen auf Verlangen des Reichsrats oder des Reichstags außer Kraft gesetzt werden müssen, so wird sich der Reichstag wohl bald mit dem Vorstoß der Regierung beschäftigen. Die Sozialdemokratie wird dabei alles daran setzen, um die Maßnahmen der Regierung rückgängig zu machen.

Völkische Steuerzahler.

Enttüllungen für den Mecklenburger Wahlkampf.

Im Lande Mecklenburg sind die feindlichen Rechtsbrüder jetzt endlich wieder im richtigen Fahrwasser. Sie wehen die Fahnen für den politischen Schlachttag, der bei den Neuwahlen zum Landtag gefeiert werden soll. Zwar versuchten die völkischen Hau-

flarer den größeren Bruder noch umzustimmen, um der Katastrophe zu entgehen.

Aber das war zwecklos und deshalb gibt's jetzt keinen Vardon mehr. Die getränkten Deutschnationalen packen aus. Im Hauptausfluß des Landtages wurde der Finanzminister v. Döring gefragt, ob und in welcher Höhe gewisse Gütsbezügeln Steuer-erlasse bewilligt worden seien. Der deutschnationale Finanzminister gab diesmal den sozialdemokratischen Frageren bereitwillig Auskunft. Wie unser Rostocker Vorzeilblatt, die „Medlenb. Volkszeitung“, mitteilt, ist nach den Darlegungen des Finanzministers der Gütsbesitzer Anut von Graefe auf Goldebeck einer der schlechtesten Steuerzahler in Mecklenburg. Selbst der Landbund magt es nicht, sich für ihn einzusetzen. Trotzdem aber hat der Finanzminister dem Anut von Graefe auf Goldebeck etwa 3000 M. Steuererzugszuschläge erlassen, das heißt, zu Lasten der Landeskasse gesehen!

Der Vater des Herrn Anut ist Albrecht von Graefe, vorkämpfer Heerführer im Reichstag und einer der Haupttrier im Kampf der Landbündler gegen die jetzt gestürzte Ordnungsregierung! Der getränkte Finanzminister war so boshaft, dem Hauptausfluß des Landtages ein an ihn gerichtetes Dankschreiben Albrechts von Graefe wegen dieses Steuerzuschlages vorzulegen!

Derselbe Albrecht von Graefe aber hat öffentlich gegen die Regierung des Ordnungsblocks den Vorwurf mangelnden Entgegenkommens gegen die Landwirtschaft erhoben und besonders die Steuerpolitik der Brandenstein-Döring-Regierung angegriffen.

Da rächt sich nun der deutschnationale Finanzminister. Er stellt den Anut und den Albrecht gleichermäßen bloß. Vielleicht aber fragen die Mecklenburger Wähler ihn jetzt, wieviel Steuer-geschenke er anderen Großgrundbesitzern in Mecklenburg noch gemacht hat. Das gäbe wahrscheinlich eine sehr interessante Aufstellung.

Der letzte Einigungsversuch in Marokko.

Abd el Krin wehrt sich gegen die Unterwerfung.

Paris, 30. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Friedensverhandlungen mit Abdcha sind auf einem toten Punkt angelangt und man rechnet hier mit der Möglichkeit eines Abbruchs. Aus dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen, so wird erklärt, ergäbe sich, daß die Vertreter die für das Rif vorgesehene administrative Autonomie als effektive Unabhängigkeit auslegen, daß sie die Anerkennung der Souveränität des Sultans fiktio verstanden, daß sie über die Entwaffnung keine Verpflichtungen eingehen wollten und schließlich behaupteten, Frankreich und Spanien mühten sich darüber mit den einzelnen Stämmen selbst in Verbindung setzen. Außerdem denke Abd el Krin nicht daran, das Rif zu verlassen. Man habe den Eindruck, daß die Vertreter des Rif nicht zum Nachgeben bereit seien, und Abd el Krin soll bereits Vorkehrungen getroffen haben, um einer eventuellen französisch-spanischen Offensive zu begegnen. Da bis zum 1. Mai Waffenruhe vereinbart ist, wird am Freitag eine letzte Zusammenkunft zwischen den Delegationen stattfinden, die einen letzten Einigungsversuch möglich machen soll.

Reichsrat und Handelsverträge.

Der Reichsrat nahm am Donnerstag einen Beschlusses über die vorläufige Anwendung von Wirtschaftsabkommen an, wonach die Regierung ermächtigt ist, in Fällen dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses bereits mit anderen Staaten abgeschlossene Wirtschaftsabkommen vorläufig auf drei Monate in Kraft zu setzen. Weiter wurde das deutsch-dänische Abkommen über Zollleichterungen mit 46 gegen 20 Stimmen angenommen und die Regierung ermächtigt, die Gültigkeitsdauer der Verordnung über die Unterstufung von Kurzarbeitern, die am 1. Mai abläuft, bis zum 3. Juli zu verlängern.

Die Dienstzeit in Belgien. Die Kammer hat mit 103 gegen 41 Stimmen die Heeresreformvorlage angenommen. Die Dienstzeit wird auf zehn Monate herabgesetzt.

Eine mexikanische Kunstausstellung in Berlin. Als die Spanier im Jahre 1518 Mexiko eroberten, bewunderten sie, selbst Söhne eines auf hoher Kulturstufe stehenden Landes, die Ruinenkomplexe der aus Lehm ausgeführten Pyramiden bei dem Dorfe San Juan Teotihuacan und den großen Tempel des Quetzalcoatl (die „gekochte Schlange“). In langjähriger Forscherarbeit haben uns zuerst Alexander v. Humboldt und später Professor Seeler ihre Ergebnisse und Reiseindrücke übermitteln. In den letzten Jahren häuften Professor Alfons Goldschmidt reichliches Material in seinem Buche „Mexiko“ zusammen und ein von der „Ufa“ unter seiner Mitwirkung ausgearbeiteter Film wird dem großen Publikum die verschiedenen Entwicklungsstufen des Landes zeigen.

Wie weit sich aber gerade in jüngster Zeit in Mexiko die Kunst entwickeln konnte, das zu zeigen ist der Zweck einer auf Initiative des Präsidenten Calles zusammengestellten Ausstellung von Bildern und anderen Kunstgegenständen, welche am 3. Mai in den Räumen der Hochschule für die bildenden Künste eröffnet wird.

Unter Leitung des in ganz Amerika als Maler geschätzten Prof. Alfredo Ramos Martinez werden annähernd 2000 Schüler im Alter von 8 bis 16 Jahren in verschiedenen Städten ausgebildet. Davon sind fast 800 indischer Abstammung. Sie sind zum größten Teil die Schöpfer der Bilder, von welchen einzelne auf einer internationalen Ausstellung im Dezember 1925 zu Los Angeles mit ersten Preisen ausgezeichnet wurden. Im Gegenzug zu unseren Akademien nimmt der mexikanische Staat diesen Schülern kein Lehrgeld ab, sondern liefert ihnen sogar alle für die Malerei nötigen Hilfsmittel, wie Farben, Pinsel und Papier, ohne jede Bezahlung.

Der Ausstellung angegeschlossen ist eine unter Mitarbeit von Ingenieur Fernando Sagago zusammengestellte Rüsterausstellung von sonstigen Landeserzeugnissen.

Die „Großmutter“ der zaristischen Geheimpolizei. Dieser Tage erschien in Moskau Anna Serebriakowa vor den Schranken des Gerichts, eine Frau, die vom Glanz der Legende umflossen ist und den Namen einer „Großmutter der zaristischen Geheimpolizei“ trägt. Sie hatte 25 Jahre lang der zaristischen Geheimpolizei angehört und im Lauf dieser Zeit zahlreiche Revolutionäre überführt, die dann den schweren Weg nach Sibirien antreten mußten. Sie war eine der gedächtesten Persönlichkeiten des alten Regimes. Bei Ausbruch der bolschewistischen Revolution war sie von der Bildfläche verschwunden, und man hatte schon angenommen, sie sei ins Ausland geflohen oder in einen verlassenen Winkel des russischen Reiches unerkannt gestorben. Vor kurzem jedoch kamen Detektive der Sowjets auf ihre Spur, die nach Petersburg führten, wo sie tatsächlich seit acht Jahren unerkannt lebte. Man verhaftete sie und machte ihr wegen konterrevolutionärer Umtriebe den Prozeß. Das Gericht sprach das Todesurteil aus. In Anbetracht ihres hohen Alters und des Umstandes, daß sie nur einigen Jahren vollständig erblindet ist, hat jedoch das Tribunal diese Strafe in sieben Jahre Haft umgewandelt.

Die nachgelassene Oper „Tosca“ von Puccini. Herrin saßen in der Mailänder Scala erlesener Brautpaare die größte künstlerische Sensation der italienischen Opernzeit gewesen ist, wird im Beginn der nächsten Spielzeit ihre deutsche Uraufführung in der Städtischen Oper in Berlin-Spandau stattfinden.

Von der großen Schlackenhalde, über die Tag und Nacht die glühende Masse aus den Koksöfen rollt, schießen rauchende, flammende Steine. Und versengen und bedecken das bühnen Grün, das eben aus dem mageren Boden gekrümmt war. Die Halme krümmen sich wie in Qualen, werden gelb und grau und schwarz. Ein Flämmchen züngelt hoch. Und das Frühlingswunder ist tot.

Die Kumpel kommen nach Hause. In niedere, krumme Häuser. Hinter den Häusern, deren Wände von Staub und Ruß geschwärzt sind, ragen die Halben hoch. In den dumpfen Häusern drängen sich Leiche Gestalter.

Hier ist kein Frühling. Immer noch nicht. Er mocht halt vor den Haustüren der Kumpels. Der Lohn ist zu gering. Viele haben nicht einmal Arbeit. Und trodenes Brot schmeckt auch im Frühling schlecht.

Die Kumpels stehen vor den niederen Haustüren, und ihre Augen suchen die Sonne, die sich nicht hinter den Schlackenbergen hervorwagt. Und einer fragt langsam und schwer: Wann wird's bei uns Frühling werden, Genossen? So richtig und lustig: Frühling! Wann wird der Frühling zu den hungernden und Unterdrückten kommen!

Die Strohe lang marschiert Arbeiterjugend. Singend und festen Schrittes.

Und über die Schlackenberge schießt sich ein Sonnenstrahl.

Im Berner Oberland. „Die Jungfrauabahn und das Jungfraujoch als Touristenzentrum des Berner Oberlandes“ war der Titel eines Vortrags, den Herr Viktor de Saucclair in der Urania hielt. Er wies darauf hin, daß seit Urväterzeiten der Zug in die Höhe der Menschheit eigen ist. Die höchsten Berge galten bekanntlich als die Wohnsitze der Götter. Es dauerte lange, bis den Menschen die Schönheiten der Gebirgswelt erschlossen wurden, denn in einer Zeit, als die Menschen bereits die Welt umlegten, vertrauten sie sich noch nicht in die Gebirgsregionen. Der Redner führte die Namen vieler früher Bergsteiger auf, die manche Probleme lösten und dem modernen Alpinismus vorarbeiteten. Als dann 1866 ein Amerikaner die erste Bergbahn der Welt baute, bekam 1871 auch der Rigi seine Bahn. Dennoch vermies man damals die Jungfrauabahn in das Reich Jules Bernescher Phantasie. Aber die Jungfrau-Bahn, diese Ingenieurleistung, entstand. Sechzehn Jahre mühten sich Arbeiter und Ingenieure, ihr den Weg zu bereiten. 1912 wurde sie dem Verkehr übergeben. Prächtige Bilder ließen die Zuschauer eine Jungfrau-Bahnfahrt miterleben. Unauslöschliche Eindrücke von der gigantischen Schönheit der großen Einsamkeit und bezwungenen Welten wurden von der Station Eismeer übermittelt. Sie waren wirklich danach angetan, den gefunden Menschen für die Strapazen einer wagemutigen Bergbesteigung zu begeistern. Der Redner wies auch schöne Touren nach, freilich in der Manier, als ob er vor Hochtouristen spräche. Die Erdbegabenen aber achteten nicht so auf die verschiedenen Wege, sie genossen den Gesamteindruck aller Schönheit, und der war überwältigend und wäre es selbst ohne die teils trockenen, teils dichterischen Begleitworte gewesen.

Die Bergbaukrise.

Statrede Schreibers im Landtag.

Der Landtag, der heute schon um 10 Uhr vormittags zusammentrat, übernahm zunächst bei Erledigung seiner Vorlagen den zur ersten Beratung vorliegenden Gesetzentwurf über die Erweiterung des Staatsreiches Potsdam, dem Gemeindevorstand.

Dann wird die zweite Beratung des Berggesetzes fortgesetzt. Abg. Schwenk-Oberhausen (B. Dg.) legt sich für die Ergänzungen an Sieg, Bahn und Dill ein. Das Siegerland sei die einzige Stelle Deutschlands, an der Mangan und Erze vorkommen. Im Geschäftsbericht der Preuss. Bergbauverwaltung werde die Not dieser Ergänzungen auf die Steuerbelastung, die hohen sozialen Kosten und die noch höheren Frachttarife der Reichsbahn zurückgeführt. Wenigstens eins von diesen Uebeln müßte unbedingt abgestellt werden. Zum Schluß weist der Redner die etwa vorhandene Aufschaltung zurück, daß die bedauerlich vielen Unfälle ihre Ursache darin hätten, daß die Bergarbeiter sich an den bergpolizeilichen Vorschriften vorbeidrücken. Die Unternehmer hätten selbst ein Interesse daran, daß sich möglichst keine Unfälle ereigneten. Vielfach aber verfahren die Arbeitervorsorge ihren Dienst nachlässig. (Widerpruch links.)

Minister Dr. Schreiber:

Der Prozeß der Grubenstilllegungen und Einschränkungen hat seinen Fortgang genommen. Nicht weniger als 38 Zechen und 11 Kohlereien sind im Ruhrrevier infolge Abnahmehanges zum völligen Erliegen gekommen. Das hat zur Entlassung von etwa 37 000 Arbeitern und Angestellten geführt. Daneben haben noch etwa 55 000 Arbeitnehmer durch Betriebs Einschränkungen ihr Brot verloren. Das sind erschreckende Zahlen, die den ganzen Ernst der Lage des deutschen Ruhrkohlenbergbaus deutlich zum Ausdruck bringen, namentlich dann, wenn man bedenkt, daß trotz all dieser Einschränkungen das Elend der Arbeiterschaft nicht geringer geworden ist, sondern eine kaum noch erträgliche Höhe erreicht hat.

Während im Durchschnitt des letzten Vierteljahres 1925 arbeitslos im Ruhrrevier etwa 7000 Arbeiterschaften aus Abnahmehanges notwendig waren, haben die arbeitslosen Arbeiterschaften im Monat März d. J. schätzungsweise die ungeheure Zahl von 35 000 erreicht.

Eine Besserung dieser Lage ist erst dann zu erwarten, wenn sich die allgemeine Wirtschaftslage Deutschlands wieder bessert. In der innerdeutschen Kohlenwirtschaft nimmt, wenn die deutsche Kohlenwirtschaft endlich von der scharfen Konkurrenz durch die naturlich schwachen Länder, vor allem aber auch durch die unwirtschaftliche Methode befreit wird, mit der man geglaubt hat, dem englischen Bergbau eine Hilfe zu leisten zu können. Die Zuschüsse, die aus öffentlichen Mitteln dem englischen Bergbau gewährt worden sind, haben zu einer Preisbildung in den unstrittigen Gebieten geführt, die einer Verschärfung der Kohle nahekommt und mit den dadurch herbeigeführten Verlusten eine schwere Schädigung des Bergbaus darstellt mit den unausbleiblichen verhängnisvollen Rückwirkungen auf die Lage der im Bergbau beschäftigten Arbeitnehmer. (Veh. Sehr richtig!) Dazu kommt, daß das Angebot an deutscher und englischer Kohle auf dem Auslandsmarkt zu unwirtschaftlichen Preisen der ausländischen Industrie einen höchst unerwünschten Wettbewerb gegenüber unserer nationalen Industrie ermöglicht. Nach dem bekannten Bericht der königlichen Kohlenkommission in England ist zu hoffen, daß diese ungünstigen Auswirkungen jezt voll erkannt werden, so daß wohl damit gerechnet werden darf, daß die Methode der Subvention mit dem 1. Mai ihr Ende erreicht.

Darüber hinaus wäre es im Interesse der Kohlenwirtschaft aller beteiligten Länder in hohem Maße erwünscht, wenn eine Verständigung, ähnlich derjenigen, wie sie auf dem Gebiete der Kali- und Stickstoffindustrie erzielt worden ist, auch auf diesem wichtigen Gebiete baldigt gefunden werden könnte. Im Ruhr- und Sieggebiet hat sich die Lage, deren besonders schwierige Verhältnisse schon in der Kriegszeit gewisse Bergungsarbeiten erforderten, immer bedrohlicher gestaltet, so daß umfangreiche Stilllegungen und Betriebs Einschränkungen notwendig geworden sind.

Die Ursache für diese Verschlechterung liegt im wesentlichen darin, daß das ausländische Erz von Kottbus auf dem Wasserwege nach dem Herzen des Ruhrreviers um 1,40 M. je Tonne billiger befördert wird als das deutsche Erz auf dem Eisenbahnwege von Siegen dorthin. (Hört, hört!)

Wenn, wie ich höre, der Herr Reichswirtschaftsminister jezt eine Kostensenkungsmaßnahme für jenes Gebiet erwägt, so werde ich ihn dabei lebhaft unterstützen, um, wenn irgend möglich, im Zusammenwirken mit der Reichsbahnverwaltung einen praktischen Weg zur Erleichterung der Kohle jenes Reviers zu finden.

Der Minister geht dann auf die Anregungen und Anträge ein, die im Hauptauschuß und in der Debatte im Plenum zum Berggesetz gegeben wurden. Er erklärt, daß er dem Wunsch, noch im diesjährigen Haushaltsplan die bei den sachlichen Ausgaben des Grubenlichterwesens ausgemessenen Mittel für Lichter- und zur Förderung der Konstitution eines zuverlässigen Grubenbergsanweisers zu erhöhen, nachgekommen sei.

Die Beratungen des Reichstags über die Knappschaftskasse, so betont der Minister weiter, sind nicht nur für die Einzelnen der Bergarbeiterschaft, sondern für die Entwicklung unseres gesamten Bergbaus von großer Tragweite. Trotz der Verhältnisse auf sozialem Gebiet gegenüber der Friedenszeit ist nicht zu verkennen, daß gewisse Verbesserungen wünschenswert sind. Dieser Sachlage entsprechend hat der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags Beschlüsse gefaßt, von denen ich nur die Berechnung des Krankengeldes nach dem wirklich verdienten Lohn, die sehr wichtige und notwendige Familienhilfe und die Steigerung der Pensionen über 25 Dienstjahre hinaus erwähne. Für die hierdurch herbeigeführten Mehrleistungen hat der Ausschuß einen gewissen Ausgleich durch Abbau der Ueberabscheidungen der verschiedenen Versicherungsleistungen in Aussicht genommen. Es wird zu prüfen sein, ob hierdurch die Mehrbelastungen und Erleichterungen des Bergbaus in das notwendige richtige Verhältnis zueinander gebracht werden können. Denn es kann bei der Ueberaus erften und traurigen Lage unseres Bergbaus, die in der Entlassung von annähernd 90 000 Arbeitnehmern im Verluste des letzten Jahres ihren schmerzlichen Ausdruck gefunden hat, nicht verantwortet werden, jezt die Lasten der Produktion noch weiter zu steigern. Ich glaube, daß das die sachliche Sozialpolitik wäre, die nicht Rücksicht nimmt auf die wirtschaftlichen Realitäten. Bei der Beratung der Knappschaftskasse sind auch Beschlüsse gefaßt, die auf eine Abänderung der bisherigen Verfassung der Knappschaftskasse abzielen. Die Arbeitnehmerschaften sollen in Zukunft ein Uebergewicht in den Vorständen haben und in Zukunft auch drei Fünftel der Leistungen aufbringen statt wie bisher die Hälfte. Ich fürchte sehr, daß auch dieser Weg zu einer weiteren Belastung der Produktion führt, denn er kann zu der Forderung nach einem Ausgleich auf der Lohnseite führen. Ich halte mich daher für verpflichtet, meinerseits dringend darauf zu warnen, diesen Weg zu beschreiten.

Zur Angelegenheit Giesche

Führt der Minister aus: Die Grenzziehung in Oberschlesien führt mitten hindurch durch den Gieschensches Berg. Zwei Drittel des Erzvorkommens und sämtliche Zinkhütten der Gesellschaft sind nach Polen gefallen. Gegen eine Interessennahme der Amerikaner an dem ostoberschlesischen Besitz der deutschen Giesche-Gesellschaft lagen unsererseits nicht die mindesten Bedenken vor. Auch gegen eine Beteiligung amerikanischer Kapitalisten in Deutsch-Oberschlesien wäre an sich gar nichts einzuwenden gewesen. Bedenklich wurde die Angelegenheit erst dadurch, daß die Giesche-Gesellschaft von amerikanischer Seite ein Darlehen ausnahm und dabei gleichzeitig einen Vertrag abschloß, der den Amerikanern eine wesentliche Beteiligung an ihrem ostoberschlesischen Besitz einräumte und darüber hinaus die Verpfändung enthielt, daß sämtliche

in Deutsch-Oberschlesien geförderten Erze auf 25 Jahre nach dem Ausland geliefert werden sollten. Die Ausführung dieser Verpflichtung war angesichts des Umstandes, daß es sich dabei um die Ausbeute des wichtigsten deutschen Zinkvorkommens handelt, im Interesse der deutschen Wirtschaft nicht erträglich, zumal es bei Ausführung dieser Vereinbarungen unmöglich gewesen wäre, in Deutsch-Oberschlesien eine Zinkhütte zu errichten und eine Zinkindustrie zu entwickeln.

Das aber erschien uns bei dem ungeheuren Schädigungen, die die unbegreifliche Grenzziehung in Oberschlesien für dieses wichtige Wirtschaftsgebiet zur Folge gehabt hat, unbedingt erforderlich. Wenn daher das Reich und Preußen zur Erreichung dieses Zieles gewisse finanzielle Opfer gebracht haben, die im übrigen durch Steuereinsparungen und ersparte Erwerbslosen-Unterstützungen sich sicherlich bezahlt machen werden, so bedeutet das in keiner Weise eine Stützungsaktion für die Giesche-Gesellschaft, sondern ausgesprochenemassen eine Aktion im Interesse der deutschen Wirtschaft und vor allem des neidenden Oberschlesiens. Im Auschuß wird demnächst Gelegenheit sein, die Einzelheiten der Vereinbarungen näher darzulegen.

Reichsregierung und Jugendschutz.

Erklärungen des Reichsinnenministers.

Der Reichsinnenminister Dr. Kütz gab heute in einer längeren Erklärung die vom Ausschuß gewünschte Auffassung der Reichsregierung zu dem Gesetzentwurf zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmähchriften kund. Er lehnte die Ausdehnung des Gesetzes auf Erwachsene grundsätzlich ab; sollte der Ausschuß demnach so beschließen, dann sähe sich die Regierung genötigt, ihren Entwurf zurückzugeben.

Zweitens: Eine Definition, was unter Schund und Schand zu verstehen sei, könne nicht gegeben werden, weil dabei zu zahlreiche subjektive Momente mitsprächen, die sich gesetzgeberisch nicht erfassen ließen. Dieser Begriff möge der Herausbildung aus der Praxis überlassen werden.

Drittens lehnte der Reichsinnenminister die kirchlichen Stellen sowie die Jugendwohlfahrtslehrer und Volkshilfsvereinigungen als Antragsberechtigte ab mit der Begründung, die antragsberechtigten Stellen müßten auf die Landeszentralbehörden und die Landesjugendämter beschränkt bleiben. Die Vereine hätten die Möglichkeit, bei diesen ihre Auffassung zu vertreten.

Viertens meinte sich der Minister gegen die öffentliche Bekanntmachung der schwarzen Listen durch das Reichsinnenministerium, weil dieses auf die Entscheidungen selbst einen Einfluß ausüben nicht in der Lage sei.

Fünftens vertritt Herr Dr. Kütz vernünftigerweise den Standpunkt, daß eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Prüfstellen von 4 auf 6 neben dem Vorsitzenden wünschenswert sei, damit Entscheidungen nur mit qualifizierter Mehrheit (fünf zu zwei) getroffen werden können.

Schließlich wurde das Gesetz im Reichsrat eine Mehrheit nicht erhalten, falls der Ausschuß beschließe, nur eine Reichsprüfstelle zu errichten. Ein Antragsentwurf sei geboten, bei dem die Landesprüfstellen eine erste, die Reichsprüfstelle eine zweite Instanz darstellen.

Siebtens: Die bereits vorhandenen Schundlisten sollen nicht von den neu zu gründenden Prüfstellen übernommen werden.

Nach diesen Mitteilungen verlagte sich der Ausschuß, um sie in seiner nächsten Sitzung ausführlich zu erörtern.

Frankreich und die Abrüstungskonferenz.

Grundsätze des Nationalverteidigungsrates.

Paris, 30. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Abrüstungskonferenz wird am 18. Mai beginnen. Die französische Delegation wird von Paul Boncour, Clauzel und dem Obersten Requin gebildet werden. Ihre vom Obersten Nationalverteidigungsrat gebilligten Instruktionen sind auf folgende drei Grundsätze aufgebaut:

1. Die Abrüstung eines Volkes muß im Verhältnis zu seiner Sicherheit stehen.
 2. Um den Grad der Abrüstung eines Volkes zu beurteilen, muß nicht allein die Truppen- und Materialstärke, sondern auch die „Kriegsfähigkeit“ in Betracht gezogen werden, d. h. die Gesamtheit der wirtschaftlichen, militärischen und industriellen Mittel, die im Falle eines bewaffneten Konflikts für den Krieg eingesetzt werden können.
 3. Die Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft müssen in gleicher Weise bei der Beurteilung der Rüstungen eines Landes in Rechnung gezogen werden.
- Der Oberst Requin soll zu einem Meinungsaustausch über den französisch-englischen Standpunkt sich demnächst nach London begeben.

Die „eisernen Hände“ des Faschismus.

Mussolini spielt mit Todesgedanken.

Rom, 30. April. (Eigener Drahtbericht.) In der Eröffnungs-sitzung der Kammer am Donnerstag nahm der Diktator Gelegenheit, über das Attentat zu sprechen. Es sei zwar sehr schön, wenn man sich um ihn Besorgnisse mache, er habe aber trotz aller Gefahren nicht die Absicht, den Kontakt mit der Masse der italienischen Faschisten abzuschneiden. „Alles Menschenleben ist zerbrechlich und dem unabwehrlichen Schicksal unterworfen. Ich füge hinzu, daß in keinem Fall und unter keinen Umständen der Faschismus seine Aufgaben ändern wird, ja, für alle kommenden Möglichkeiten ist schon heute vorgesorgt. Man soll es draußen wissen, daß der Faschismus mit seinen eisernen Händen die Geschichte des italienischen Volkes weiter regieren wird.“

Der Präsident der französischen Republik hat die Einladung des Königs von England, im Juli nach London zu kommen, angenommen. Doumergue wird am 22. Juni in Begleitung des Ministerpräsidenten Briand in London eintreffen und bis zum 25. Juni als Gast des Königs dort verbleiben.

Das britische Oberhaus hat mit 57 gegen 44 Stimmen eine von der Regierung bekämpfte Entschließung angenommen, den in verschiedenen Großstädten bestehenden sozialen Hauptkomitees zu gestatten, daß sie verheirateten Frauen Aufklärung über den Nationalismus (die Geburtenbeschränkung) geben.

Das deutsch-polnische Danziger Schiedsgericht hat beschlossen, zum Streitfall über die Eisenbahnkatastrophe bei Stargard am 1. Mai 1925 ein Obergutachten der Generaldirektion der niederländischen Staatseisenbahn einzuholen.

Fort mit der Technischen Nothilfe!

Ein Zentrum reaktionärer Umtriebe.

Die Technische Nothilfe (Teno) entwickelt sich mehr und mehr zu einer Organisation, die als Zentrum reaktionärer Umtriebe berufen ist, den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Es ist deshalb sehr verständlich, daß bei Bewilligung von Reichsmitteln die Rechtsparteien für das Weiterbestehen und ausreichende Finanzierung sowie den Ausbau der „Teno“ eintreten, während die Linksparteien und die Gewerkschaften aller Richtungen den Abbau oder die völlige Auflösung fordern.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände beantragten in einer an Regierung und Reichstag gerichteten gemeinsamen Eingabe vom 15. April 1925 bereits, die Auflösung der Technischen Nothilfe für das Geschäftsjahr 1926/27 in der Weise vorzubereiten, daß für das kommende Rechnungsjahr die Etatmittel entsprechend gekürzt werden. Der deutsche nationale Innenminister Schiele verlangte dagegen vom Ausbau der Technischen Nothilfe für 1925 rund 3 687 000 M. aus Reichsmitteln. In seiner Antwort an die Gewerkschaften vom 7. September 1925 lehnte der Minister ab, den Abbau vorzubereiten, weil

die „Teno“ „ihre Unerkbarkeit bewiesen“

habe, denn sie sei in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. März 1925 in 116 Fällen eingesetzt worden, u. a. zur Aufrechterhaltung des Betriebes von 26 Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken und insbesondere beim Hochbühnenstreik in Hamburg und in der Meierei Bolle, Berlin.

Nach den Ermittlungen der Gewerkschaften verteilten sich die gemeldeten 116 Einsätze auf ganze 34 Orte, und in sieben Orten (von diesen 34) leistete die „Teno“ Vorschüsse, befristete also als freiwillige Reichsfeuerwehr. In den wenigen Fällen, in denen aus Anlaß von Streik die „Teno“ eingesetzt worden ist, da geschah es zumeist

auf ausdrückliches Verlangen der Unternehmer.

nachdem diese den gewerkschaftlichen Rotarbeitern den Zutritt zu den bestreikten Betrieben sogar polizeilich verweigert hatten. So erklärten sich z. B. die ausgesperrten Brauereiarbeiter in München zu Rotarbeiten, Bierdeckschneidung, Malzmalen usw. bereit; sie wurden jedoch durch Polizei gehindert, und dann setzte die „Teno“ trotzdem ein. Im mitteldeutschen Streik der Gemeindefabrikanten haben die Streikenden die Rotarbeiten zumeist selbst ausgeführt, und nur in ganz vereinzelten Fällen mußten auch diese Rotarbeiten durch die Gewerkschaften eingestellt werden, weil einzelne Betriebsleiter nur der „Teno“ den Zutritt zu den Betrieben gestatteten.

Nach einem weiteren amtlichen Bericht ist die „Teno“ in der Zeit vom 3. September 1925 bis 29. Januar 1926 innerhalb 14 Wochen nicht ein einziges Mal im gesamten Reichsgebiet eingesetzt worden. Die wenigen Einsätze erfolgten

fast ausschließlich bei Hochwasser- und Feuersgefahr.

auch dort, wo z. B. Berufsfeuerwehrt vorhanden ist. Ueber einzelne ganz belanglose Einsätze sind Filmaufnahmen angefertigt, um damit eine wirksamere Propaganda für die Erhaltung der „Teno“ entfalten zu können.

Da der Reichstag statt der geforderten 3 687 000 M. für 1926 nur 2 830 000 M. bewilligte, so lücht die „Teno“ anderweitig Deckung und für die abgebauten ehemaligen Offiziere neue Wirkungsgebiete. Im amtlichen Nachrichtendienst läßt die „Teno“ erklären, daß nunmehr — nachdem der Abbau durch den Reichstag beschlossen — „die Ausbildung und Schulung ehrenamtlicher Führer im Vordergrund stücker organisatorischer Arbeit“ stehen müsse. Die hauptamtlichen, aus Reichsmitteln besoldeten Führer besorgen nun die Aufgabe und bilden in „großem Maßstabe ehrenamtliche Mitarbeiter“ heran. In privaten Kraftfahrzeugen werden Rotarbeiter zu Kraftwagenführern zu ermöglichen Sagen herangebildet. Frauenführerinnen bilden Frauengruppen aus in der Behandlung von Brandstiftung und in der Reinigung des Kochens — für wen, das wird sorgsam verschwiegen! Die zur Verfügung gestellten

Reichsmittel reichen zu solcher Ausbildung allerdings nicht aus, und deshalb werden andere

private Geldquellen häufig gemacht.

In allen Orten veranstalten die sogenannten U.N. (Landesunterbezirksleitungen) mit den Ingenieur- und Werkstätten Plan-spiele unter Mitwirkung von Ingenieur- und Wirtschaftsstäben, um zu zeigen, wie im Einzelfall (siehe Rapp-Busch) „zugriffen“ werden muß. Solche Plan-spiele sind z. B. für Eisenbahn- und Hafenbetriebe unter Beteiligung von Hunderten von Rotarbeitern und maßgebenden Persönlichkeiten des Eisenbahnbetriebes, Vertretern der Werften, der Behörden, der Polizeipräsidenten usw. fortgesetzt veranstaltet worden. Vor Studenten und Dozenten der Universitäten werden

Propagandavorträge über die Unentbehrlichkeit der „Teno“ gehalten und die Studenten zum Eintritt aufgefordert. Den vereinigten Innungsobermestern in Hamburg, im Kreisriegerverband Frankfurt a. d. O., vor dem Landbund in Lebus usw. hielten „Teno“-Beauftragte Vorträge, ließen Plan-spiele aufzuführen, um dann von diesen Kreisen als Gegenleistung ein erneutes Treuegelöbniß für die „Teno“ und, was die Hauptsache ist, Stiftungsbeträge für den „Räderverlag“ als unfanzillierbare Korruptionsgelder einzuhelfen. Genosse Georg Schmidt konnte im Reichstage darauf hinweisen, daß 16 000 Exemplare der Zeitschrift „Die Räder“ — des Zentralblattes der „Teno“ — an die Industriellen verteilt worden sind mit dem Ersuchen, Stiftungsexemplare zum Preise von je 3 M. zu abonnieren.

Die „Teno“ bereitet sich gegenwärtig auf große Aktionen vor. „Werbt hochwertige Fachkräfte für die „Teno“! So beginnt ein Aufruf in ihrer Zeitschrift, der für Groß-Berlin verfaßt worden ist. Was ist beabsichtigt? Der Landesunterbezirk Groß-Berlin verlangt gegenwärtig zum weiteren Ausbau und zur Schaffung möglichst großer „Teno“-Reserven Fachleute aller Berufsgruppen. Gesucht werden Rangierer, Lokomotivführer, Triebwagenführer, Zugführer, Stationspersonal, Stellwerke, Güterbahnenarbeiter, Wagenmeister, Störungs-sucher, Gasanopsastiker, Graveure, Stereotypen-, Buchdrucker, Offsetdrucker, Rotationsdrucker, Steindruck, Buchbinder, Sezer, Anleger, Maschinenisten für Dampfmaschinen, Dampfmaschinen und Dieselmotoren, Wasser-gasmotoren, Ofenbauarbeiter, Heizer, Apparatwärter, Selbstbahnfahrer, Kranführer für Kohlenreife-tracker, Gashrührer, Retortenmänner, Umformerwärter, Freileitungsmontiere, Schalttafelwärter, Kraftwagenführer mit Führerschein, und Koch. Für die Eisenbahn, und zwar für die einzelnen großen Bahnhöfe sowie für die Reichsbahndirektion und die Anzei-zeitung (?) fanden im Februar im Vortragssaal des Verkehrs- und Baumvereins in Berlin allein vier Versammlungen statt, in denen die Leiter der Einsatzgemeinschaften über die künftige Ver-maltung und Erhaltung der Rotarbeiter referierten. Eine derart wiederholte Agitation kennzeichnet die „Teno“

als eine gefährliche, arbeiter- und republikfeindliche Organisation.

Die gegenseitigen Treuegelöbnisse zwischen Unternehmerorganisationen und „Teno“, dazu die ständige Verbindung, beweist, daß die „Teno“ nur noch als

staatlich subventionierte Streikbrecherorganisation

angesehen werden muß. Der Schlüssel für das provozierende Verhalten der Reichsbahnverwaltung während der letzten Monate, sowie die feindsichere Einstellung bestimmter Wirtschaftskreise gegen die Gewerkschaften ist in dem Verhalten der „Teno“ und ihrer Propaganda zweifellos zu suchen.

Die annähernd 3 Millionen Mark Reichsmittel sind für soziale Aufwendungen dringender als zur Bildung reaktionärer Kampftruppen. Die

Auflösung der Technischen Nothilfe

ist zu einer konspizuellen Notwendigkeit geworden.

Der Mai-Fischzug der „Vaterländischen.“
Eine kindliche Spekulation.

Wie es arme Menschen gibt, die aus dem wertlosen Abfall noch irgend einen bescheidenen Gewinn suchen, so gibt es den „Vaterländischen“ in geistiger Beziehung. Auch am 1. Mai möchten sie im Trüben fischen. Ihr „Landesverband“ hat es als Pflicht seiner Getreuen erklärt, am 1. Mai zu arbeiten. Damit soll höchst überflüssigerweise der Beweis erbracht werden, daß die „Vaterländischen“ „allen internationalen Strömungen“ ebenso fern stehen wie jeder geistigen Strömung überhaupt, und sich im Sumpfe am wohlsten fühlen. Dabei sind die guten Leute nicht ganz unbesorgt. Was sie auszeichnet, ist ihre niedrige Spekulation, aus ihrem „Wohlfühlen“ Vorteile zu erhaschen. Die Arbeitgeber würden die nationalen Arbeiter am 1. Mai ganz besonders hochachten, und das sei von den Arbeitgebern auch ganz verständlich.

Aber der 1. Mai sei auch zu außerordentlicher Agitation für die Gelben (d. h. die Vaterländischen) geeignet. Alle Kräfte seien einzusetzen, um an diesem Tage für die gelbe Sache zu werben. „Tausende von Mitgliedern könnten an diesem Tage im Reiche für uns gewonnen werden.“

Das Rundschreiben ist von einem Landtagsabgeordneten Wiedemann und einem G. Kohlepp unterzeichnet. Es erinnert uns daran, daß wir in Deutschland von der „Gelbsucht“ noch nicht vollends befreit sind und unsere Organisationskörper fruchtbar müssen, um die deutsche Arbeiterschaft von derartigen Krankheitserscheinungen zu befreien.

Verlängerte Geltungsdauer der Erwerbslosenfürsorge.
Der Reichsrat hat am 29. April 1926 dem Vorschlage der Reichsregierung zugestimmt, die geltende Anordnung über Kurz-

arbeiterfürsorge bis zum 3. Juli 1926 zu verlängern. Die zurzeit geltenden Höchstfristen in der Erwerbslosenfürsorge werden bis zum 22. Mai 1926 verlängert werden.

Drei Erholungsheime des JdL.

Dem Zentralverband der Angestellten, der Gewerkschaft der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten, ist es gelungen, in ganz kurzer Frist drei Erholungsheime zu schaffen. In dem Heim „Abbecker Hof“ bei der JdL am Ostseestrand in Ahlbeck auf der Insel Usedom das beste und größte Haus. Ein zweites Heim Bad Finkenmühle befindet sich in einem Seitental der oberen Schwarza im reizenden Finkengrund, inmitten herrlicher Wälder in einer Höhenlage von 500 Metern über dem Meerespiegel in Thüringen.

Das Bunte Haus, das in allererster Linie der Jugend des JdL dienen soll, aber selbstverständlich auch allen übrigen Mitgliedern zugänglich ist, wurde kürzlich am Teutoburger Wald in der Nähe Bielefelds fertiggestellt. Drei Erholungsheime in so kurzer Zeit! Dieses Beispiel zeigt, was gemeinnützige Arbeit zu schaffen vermag. Es ist ein schönes Zeichen sozialen Wirkens, daß der JdL durch die Schaffung eigener Heime bestrebt ist, seinen Mitgliedern einen guten und billigen Ferienaufenthalt zu bieten.

„Größter Optimismus“ in der Kohlenkrise.

London, 30. April. (W.T.B.) Die gesamte Presse hebt den Ernst der Lage in den Kohlenverhandlungen hervor, angesichts der Tatsache, daß die gestrigen, bis in die späte Nacht andauernden Konferenzen keine Regelung des Streits herbeiführten, und daß die

Staatsubvention für die Kohlenindustrie heute um Witternacht zu Ende geht. Laut „Daily News“ habe Baldwin gestern den Bergarbeiterführern gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß die Grubenbesitzer wahrscheinlich bereit seien, auf der Grundlage eines Abkommens eines nationalen Mindestprezentages von 21 über dem Standard von Jahre 1914 statt der augenblicklichen 33 anzubieten. Nach Ansicht der Bergarbeiterführer sei dieser Vorschlag vollkommen unannehmbar und es herrsche größter Pessimismus.

Um den Streit zu vermeiden, soll Baldwin beabsichtigen, die Regierungszuschüsse noch einige Tage über den 30. April hinaus weiter zu zahlen, um Zeit zur Fortsetzung der Verhandlungen zu gewinnen.

Baldwin erklärte um 2 Uhr früh, nach 14stündigen Verhandlungen, er sei überzeugt, daß es zu einer Arbeitsvereinbarung kommen werde.

Ultimatum der Londoner Metallarbeiter.

London, 30. April. (W.T.B.) Die Delegiertenkonferenz der Metallarbeitergewerkschaften von London, die 40 000 Mitglieder zählt, hat gestern beschloffen, in den Ausstand zu treten, sofern die Arbeitgeber nicht die geforderte Wochenloohnerhöhung von 20 Schilling gewähren. Die Arbeitgeber haben bis jetzt 2 Schilling 6 Pence angeboten.

Verantwortlich für Text: Richard Gerstein; Wirtschaft: Erich Götter; Gewerkschaftswesen: J. Klein; Kultur: R. S. Böcher; Politik und Sonstiges: Hans Harßbitt; Anzeigen: Th. Gleditsch in Berlin; Verlag: Schmidt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt-Berlin, Berlin. Verantwortlich: Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Ecke 1. Hofstra.

10 REKLAME-TAGE

Diese Angebote übertreffen alles bisher Gebotene an Preiswürdigkeit für Qualitätswaren. Bedeutend erweiterte Räume. — Vergrößerte Auswahl.

Herren-Anzüge helle und mittlere Farben Herren-Ulster mit Gurt und Felts Manchester-Anzüge gute Lindener Qualitäten 32.- 29.- 35.-	Herren-Anzüge neueste Formen Herren-Mäntel feste Maschert Sport-Anzüge mit kurzer oder langer Hose 39.- 36.- 45.-	Herren-Anzüge moderne Stoffe und Farb-n Herren-Ulster Gabardine- und Cheviot-Stoffe Schofför-Anzüge Cord und Manchester 32.- 48.- 36.-	Herren-Anzüge prima Qualitäten in Gabardine u. Cheviot Herren-Mäntel verschiedene Formen, prima Gabardine Sport-Anzüge mit Hosen u. Gabardine u. Fantasie Stoffen 62.- 59.- 67.-	Herren-Anzüge Stoff und Ausführung Ersatz für Maß Herren-Ulster feinster Gabardin, Ersatz für Maß Smoking- und Tanz-Anzüge la Melton 79.- 69.- 103.- 92.- 120.-
Maß-Anzüge u. Mäntel feinste Verarbeitung, tadell. Sitz 180.-, 120.- 120.- Hosen gestreift und Brechlos 25.-, 19.50, 14.50, 12.-, 8.50, 4.50	Windjacken imprägniert Gabardine u. andere Stoffarten 9.50	Gummi- u. Loden-Mäntel m. Stoffdecke, gute Gummirung 13.50 Knaben-Anzüge u. Mäntel 25.-, 19.50, 16.50, 10.50 7.50		

Schöneberg, **S. JOSEPH** Hauptstraße 1 Ecke Grunewald-Straße

BILLIGE-ANGEBOTE

Spitzenwäsche

- Trägerhemden farbig, aus gutem Opal, mit Spitzen reich garniert 3.50
- Hemdrosen farbig, aus gutem Opal, mit breiter Spitze garniert 3.90
- Hemdrosen aus Kunstseide, in schönen Farben, mit breiter Spitze 3.75
- Nachthemden aus farbigem Batist, mit Spitzenwaeste und Kragen 6.75
- Prinzessröcke aus feinem Makotstoff, mit breiten Spitzen 6.30
- Frisierjacken elegant, mit Klöppelspitze und Einsatz garniert 4.75

Weisswaren

- Mod. Spachtelkragen runde Form 75 Pf.
- Morgenhaube aus Batist, reich garniert 75 Pf.
- Matrosengarnitur blau-weiße, gute Qualität 95 Pf.
- Voile-Bindekragen in vielen Farben 95 Pf.
- Crêpe de Chine-Weste in modernen Farben 3.45

Gardinen

- Scheibengardinen englisch Tall Meter 35, 60, 75 Pf.
- Schalgardinen engl. Tall Meter 65, 95 Pf. 1.25
- Madrasstoff dunkelgrünlich ca. 130 cm breit, Nr. 250 3.75 5.50
- Halbstores Stamia, mit Plüsch 1.45 1.90 2.25
- Garnitur steifig, Stamia, mit Plüsch 5.75 6.75 7.65
- Garnitur steifig, engl. Tall 3.25 5.50 7.25
- Bettdecken steifig, Stamia u. engl. Tall 5.75 8.50 12.50

Etam n doppeltbreit Meter **68** Pf.

DAMEN-BEKLEIDUNG

- Kleider** Kunstseide, in karlierten Mustern, in vielen Farben **7.75**
- Kleider** Kunstseide, in gestreiften Stoffen **12.75**
- Kleider** Kunstseide, in baumw. Musselin, Größe 40-44 **2.95 3.95**
- Blusen** aus gestreiften Zephyrstoffen, Handform, in mehreren Dessins **3.95**
- Blusen** aus baumw. Musselinstoffen, Jumperform, mit kurzen u. langen Ärmeln **3.95**
- Kleider** Kunstseide, für starke Damen, Größe 50-54 **24.50**
- Kleider** aus Bastseide, mit plissiertem karlierten seidenen Rock **19.75**
- Blusen** aus Kunstseidenen karlierten Stoffen, in sparter Maschert **4.95**
- Blusen** aus prima Schweizer Velle, Jumperform, in vielen Ausführungen **7.75**

Backfisch-Kleider aus baumw. Musselin, Größe 40-44 **2.95 3.95**

- Blusen** aus gestreiften Zephyrstoffen, Handform, in mehreren Dessins **3.95**
- Blusen** aus baumw. Musselinstoffen, Jumperform, mit kurzen u. langen Ärmeln **3.95**

Mädchen-Kleider baumwollene Musselinstoffe, mit Falten-garnierung, Größe 60 **4.25** Jede weitere Größe 50 Pf. mehr

SPORT-ARTIKEL

- Doppelpaddel** in guter Ausführung **6.00**
- Turnschuhe** schwarz, mit angenähter Gummisohle, Größe 35-45, 1.60, Größe 46-47 **1.80**
- Hocker für Boote** beste Ausführung, mit Leder 3.50, ohne Leder **2.50**
- Bankbett** mit gutem Bezug **14.50**
- Butterdose** Aluminium, mit Glasdeckel, (7, Pfund) **40 Pf.**
- Thermosflaschen** mit extra grossem Deckel **95 Pf.**
- Liegestühle** mit Jutebezug, Armlehne und Fuss **3.40** mit Armlehne **4.90**
- Liegestühle** mit Jutebezug, Armlehne und Fuss **6.75**
- Liegestühle** mit Jutebezug, Armlehne und Fuss **9.00** extra gross **15.00**
- Strandstühle** mit gestreiftem, festem Bezug **15.00**

Spitze, Stickereien

- Klöppelspitze** ca. 2 cm breit, ca. 6 Meter **6 Pf.**
- Klöppelspitze** oder Einsatz, maschinell, ca. 6 cm br., Nr. 12 **12 Pf.**
- Stickereiträger** in schönen Mustern, Stück von 1 1/2 Nr. **35 Pf.**
- Stickerei** Kombinationen, Eins. mit ange-kraut. Ansatz, ca. 10 cm br., Nr. 60 **60 Pf.**
- Wäschestickerei** ca. 5 cm br., Stück von 1/2 Meter **95 Pf.**
- Gardinen spitze** imit. Flies, ca. 18 cm **35 Pf.**
- Valenciennes-Spitze** gute Ausf., 9 1/2 Meter **55 Pf.**
- Hemdenpassen** Zwirnspitze u. Eins. mit Hobel, verb. Stück **45 Pf.**
- Hemdenpassen** aus Stickerei, 110 cm weit, Stück **60 Pf.**
- Spitzenvolant** 45 cm breit, in schönen Mustern, ca. 1 1/2 Meter **1.25**

Sonderangebot!
Klöppelspitze oder -Einsätze
(Maschinellarbeit), gute Qualität, mittelbreit, in Stücken von 5", 4, 7 und 8 Meter **75 Pf.**

Handarbeiten

- Mittendecken** Nr. 50, mit Einsatz und Spitze garniert **1.45**
- Mittendecken** 60/80, mit Einsatz und Spitze garniert **1.75**
- Läufer** 33/120, mit Einsatz und Spitze garniert **1.85**
- Büfettdecken** oval, 40/100, mit reicher Einsatzgarnierung **1.85**
- Sofaschoner** 35/35, mit Einsatz u. Spitze garniert **65 Pf.**
- Kommodendecken** 60/80, Gardinenstil, m. hübsch. Motiven **2.75**

HERMANN TIETZ FRANKFURTER ALLEE

Naturschutz.

Wir müssen heute feststellen, daß gerade die schönsten Flecken Erde sich in Bräunung befinden und aus diesem Grunde der Allgemeinheit nicht zugänglich sind. Um den Kampf gegen dieses nächtliche Wirtschaftsprinzip aufzunehmen, ist in erster Linie der Naturschutzgedanke berufen. Da Naturschutz und Naturdenkmalspflege zu jenen sozialen Kulturaufgaben gehören, die Sache des Staates sind, besitzen wir auch in Preußen eine staatliche Stelle für Naturdenkmalspflege, die nicht nur bestrebt ist, die Wahrzeichen der Vorzeit wie eratische Blöcke zu erhalten. Die schülerische Betätigung dieser Stelle erstreckt sich auch auf den Schutz gefährdeter Tier- und Pflanzenarten, ferner auf die Erhaltung des Landschaftsbildes, das durch Maßnahmen der Industrie, der Verkehrsunternehmungen, der Forst- und Landwirtschafft, des Kellamewens gefährdet ist.

Wie reich gerade die Mark an Naturdenkmälern ist, dürfte nicht allzuviel bekannt sein. Wir finden allein in Groß-Berlin, in Tempelhofer, Buchholz, Weichensee und Friedrichsfelde solche gewaltige Findlingsblöcke, die als Meteore auf die Erde gefallen sind. Auch im Humboldthain sehen wir solche Blöcke, die bei Bernau gefunden wurden. Am bedeutendsten dürften die Markgrafensteine bei Fürstenwalde sein. Mit Staunen betrachten wir die gewaltige Kämigkieser bei Eberswalde. Ein tausendjähriges Naturdenkmal finden wir auch auf der Plaueninsel in der sogenannten Königseiche, wie überhaupt die ganze Insel infolge ihres kostbaren Blumenreichtums ein besonderes Schutzgebiet der staatlichen Stelle ist. In der Plagefenne bei Eberswalde, die als wissenschaftliches Naturschutzgebiet gilt, führt die Leitung des Staatsinstituts Kluge darüber, daß sie vom Publikum stark überlaufen wird und deshalb die Entwicklung der dort gehegten und gepflegten Pflanzen leidet.

Wenn nun einerseits die staatliche Stelle unter der Leitung ihres Professors Dr. Schönichen kein Mittel unversucht läßt, um der Allgemeinheit nicht nur „berühmte“ Ausflugsorte, sondern in jeder Gegend überall Stellen von besonderer Naturschönheit zu erhalten — auch der neue Entwurf des Städtebaugesetzes berücksichtigt diese Gesichtspunkte —, so entsteht andererseits für den Spaziergänger und Ausflügler die Verpflichtung, Anlagen, Neupflanzungen zu schonen. Unsere Jugend soll deshalb bereits in der Schule zur Achtung vor Natur und Heimat erzogen werden, damit werden dann viele Klagen und Beschwerden wegfallen über die naturenfremde Bevölkerung. Trage jeder einzelne dazu bei, die sozialen Bestrebungen der staatlichen Stelle für Naturschutz zu unterstützen, damit ihm der billigste Genuß, der Besuch der Umgebung, ihrer Schönheiten und Freuden erhalten bleibt.

Der Kutischer-Prozess. Betrogene Betrüger.

Kutischer und Holzmann behaupten beide, betrogen zu sein, aber keiner von ihnen will ein Betrüger sein! So werfen sie einander die größten Liebenswürdigkeiten an den Kopf. Befänden sie sich schließhch nicht in Gerichtsaal und führe der Vorsitzende nicht immer dazwischen, sie lägen sich schon längst in den Haaren.

Holzmann behauptet, Kutischer hätte ihn hineingelegt, als er neeranicht wurde, in der Schweiz bei Linde Geld aus dem Hanauer Lager aufzunehmen. Kutischer hingegen erklärt, Holzmann hätte ihn dabei betrogen, Spesen und Provision von ihm herausgepreßt und mit Linde unter einer Decke gestiftet. Trotzdem aber schließt er hinterher noch einen Vertrag mit Holzmann, laut dem er dessen Schuld an ihn um das Doppelte vermindert und ihm obendrein noch eine Summe bar bezahlt. Aber schon ist Holzmann mit einem anderen Vertrage da, durch den der erste annulliert sein sollte. „Den hat er von mir erprekt durch die Drohung mit dem Staatsanwalt“, schreibt Kutischer. Und endlich der Höhepunkt der Machinationen dieser genialen Betrügergesellschaft. — Ein reiner Hezenjabbot um das Hanauer Lager. Die Preußischen Staatsbank hat von der Steinbank noch immer kein Geld erhalten. Kutischer schließt einen Vertrag mit der rumänischen Regierung. Mittelsperson ist der rumänische Handelsattaché Descalescu. Das Hanauer Lager wird für 10 Millionen verkauft. Aber zu gleicher Zeit wird dem Rumänen ein Schreiben eingehändigt, laut dem der Vertrag nicht ernst gemeint sei. Obgleich die Photographie dieses Schreibens sich in Holzmanns Händen befindet und diesem auch eine gute Provision versprochen worden ist, erklärt er, er habe mit dem Scheinvertrag nichts zu tun gehabt. Es rückt aber für die Rumänen der erste Zahlungstermin heran. Die Lösung kann aufgeklärt werden. Da heftt Kutischer, wie die Anklage behauptet, einen teuflischen Plan aus. Holzmann, Towbini und Daniel werden als rumänische Aufnahmekommission in das Hanauer Lager beordert. Der Staatsbank wird erklärt, daß die Verzögerungen der Zahlung durch die Arbeit der Aufnahmekommission der rumänischen Regierung entstanden sei. Nicht genug damit: auf Vereinbarung mit Kutischer soll Strietter gegenüber Michael als Eigentümer des Hanauer Lagers auftreten und es ihm zum Verkauf anbieten. Den Vermittler spielt stets Towbini. Es wird mit Michael ein Vertrag geschlossen. Dieser tritt nun seinerseits in Verbindung mit Kutiskers Statisten, dem „Rumänen“ Daniel und einem gewissen Dr. Korru, die nun ihrerseits als „Vertreter der rumänischen

Regierung“ von Michael das Hanauer Lager kaufen sollen. Kutischer teilt der Staatsbank mit, Michael habe seinerseits mit den Rumänen einen Vertrag geschlossen. Indes macht Strietter eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen Kutischer mit der Begründung, daß das Hanauer Lager Waffenschmuggel nach Polen treibe. Descalescu wird von der angeblichen Beschlagnahme des Lagers in Kenntnis gesetzt; er stellt eine Frist von 48 Stunden, während der dieses Hindernis beseitigt werden soll. Da die Staatsbank während dieser Zeit eine Klärung der Waffensache nicht durchführen kann, tritt der Rumäne von dem Verzuge zurück. Kutischer ist gerettet. So die Anklage. Strietter aber behauptet, er sei überzeugt gewesen, daß er wieder Eigentümer des Lagers sei. Holzmann will in der ganzen Angelegenheit korrekt gehandelt haben. Und Kutischer behauptet, daß alles ohne sein Wissen vor sich gegangen sei. Ein wahrer Kattenschwanz von Lug und Trug.

Der Untersuchungsausschuß in Kummelsburg. Besichtigung der Unglücksstätte.

Wie der „Vorwärts“ in seiner heutigen Morgenausgabe mitteilen in der Lage war, hat die furchtbare Einsturzkatastrophe auf dem Neubau des Kraftwerkes Kummelsburg leider ein weiteres drittes Todesopfer gefordert. Am gestrigen Donnerstagabend ist der schwererunglückte Schlosser Karl Krause aus der Blumenfeldstraße 22, der einen Schädelbruch davongetragen hatte, nach einer Operation im Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Nichtenberg gestorben. Das Befinden des Schlossers Krüger ist, wie uns mitgeteilt wird, nicht mehr befriedigend, so daß die Ärzte hoffen, ihn am Leben erhalten zu können.

Am heutigen Freitag morgen wurde die Arbeit auf dem Großkraftwerk Kummelsburg, die am gestrigen Mittage eingestellt worden war, wieder im vollen Umfange aufgenommen. Ueber die von den Arbeitnehmern gestellten Lohnforderungen soll zwischen den Organisations- und dem Berliner Magistrat, der der Arbeitgeber ist, verhandelt werden, da die A.G.B. nur als ausführender Bauherr in Frage kommt. Morgens um 9 Uhr begab sich unter Führung von Oberbürgermeister Böhrer in der gestrigen Stadtorordnetenversammlung eingeleitete Untersuchungsausschuß an die Unfallstelle nach Kummelsburg, um dort die Ursache der Katastrophe festzustellen und zu prüfen, inwieweit die in der gestrigen Sitzung der Stadtorordnetenversammlung von verschiedenen Rednern gerügten Mängel und Mißstände in sanitärer Beziehung zutreffend sind. Zunächst fanden mehrtündige Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bauleitung, der Baupolizei und der Stadtorordnetenkommission statt, zu denen auch Mitglieder der Belegschaft hinzugezogen wurden. Im Anschluß daran nahmen die Vertreter der städtischen Körperschaften eine Besichtigung der Unglücksstätte und der übrigen Baustellen vor, um sich unter Führung von Oberbaudirektor Fischer und Regierungsrat Engelmann, dem Chef der städtischen Baupolizei, zu überzeugen, welche Schutzmaßnahmen zur Verhütung von Bauunfällen bisher ergriffen worden sind, und weiter zu erörtern, welche darüber hinausgehenden Schutzvorrichtungen noch geschaffen werden können. Bei Schluß des Berichtes dauerten die Verhandlungen zwischen der Bauleitung, der Baupolizei und der Stadtorordnetenkommission noch an.

Zusammenbruch des Neuköllner Schulstreiks.

Mit dem Schulstreik in der 17. Gemeinde-schule von Neukölln ist es so gekommen, wie es von vornherein zu erwarten war. Viele der angehenden Eltern haben eingesehen, daß die für diesen Streik gegebene Begründung unhaltbar war. Den Führern des Streiks ist es nicht möglich gewesen, die Elternschaft zusammenzuhalten, und das Ende vom Liede war der Beschluß, den Streik abzubrechen. Von den folgenden Darstellungen, die in der Schulstreikangelegenheit über die Maßnahmen der Schulverwaltung verbreitet worden sind, sei hier nur eine herausgehoben und richtiggestellt. Behauptet wurde, die 17. Gemeinde-schule habe ihre Räume an eine private Handelsschule abgeben müssen. Tatsächlich ist diese angeblich private Handelsschule eine öffentliche Handelsschule, die seit 1919 besteht.

Eine alpenländische Sommerschau.

wird vom 21. Mai bis 6. Juni im Funkhaus am Kaiserdamm zu sehen sein. Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund veranstaltet sie mit Unterstützung des Berliner Reiseamtes, und sie wird in den 36 Szenen der Rundgalerie durch automatische Lichtbildprojektion die herrlichen Bilder der deutschösterreichischen, aber auch der bayerischen Alpen vorführen. Im Erdgeschoß wird nach den Plänen und Angaben Hans Baluscheks eine Nachbildung des Wiener Praters und der Semmeringalpe erstehen mit einem Wiener Café, zwei abwechselnd zum Tanz aufspielenden Kapellen, mit echten Wiener Scharmeln und noch anderen Spezialitäten der Donaumetropole. Darüber hinaus plant Prof. Baluschek eine ganz eigenartige künstlerische Gestaltung des Riesenraumes, auch der Garten wird in die Veranstaltung einbezogen werden. Man wird nicht nur Gelegenheit haben, außer den Bildern auch alle nur gewünschten Ausflünfte entgegenzunehmen, sondern wird sogar gleich an Ort und Stelle eine Ferienwohnung mieten können. Das anziehende Programm dieser Veranstaltung dürfte ebenso wie ihr Zweck, die Kenntnis der deutschen Alpenwelt dies- und jenseits von Salzburg und Ruffstein den Norddeutschen zu vermitteln, stärksten Besuch der „Alpenländischen Sommerschau“ sichern. Bei einer Vorbesprechung im Kaiserhof sprach der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Frank, als Ehrenprojektor der Veranstaltung über die national-ethischen Ziele, die die Vöhrführung der deutschen Stammesbrüder vor allen Dingen be-

zweckt. Natürlich soll durch einen regen Reiseverkehr nach den wirklich schönen, teilweise noch unbekannten Alpengebieten in Oesterreich und Bayern auch das wirtschaftliche Moment zu Worte kommen, und der Wiederaufbau der österreichischen Volkswirtschaft gefördert werden. Hiernach referierte Direktor Berre als Vorstand des Arbeitsausschusses. Auch er sprach die Hoffnung aus, daß die Bemühungen, den deutschen Norden und Süden in engere Beziehungen zu bringen, von Erfolg gekrönt sein mögen.

Der 1. Mai alkoholfrei!

Vom Arbeiterabstinenzentzug wird uns geschrieben:

Wieder rückt die sozialistische Arbeiterpartei zur Feiern des 1. Mai. In diesem Fest des Weltproletariats soll ein jeder Arbeiter aus der Erkenntnis seiner Lage und der hohen Mission seiner Klasse von neuem Kraft und Begeisterung für den Kampf um eine bessere Wirtschaftsordnung schöpfen. Er soll mit seinen Klassenbrüdern sich als Glied einer großen, eng verbundenen Gemeinschaft fühlen und durch sein Vorbild die noch abwärts Strebenden anspornen, in die Millionenarmee des vorwärts strebenden Proletariats einzutreten. Gerade weil wir Arbeiterabstinenzentzug von der hohen Bedeutung des 1. Mai durchdrungen sind, drängt es uns, die Genossen aufzufordern, daß sie von den Raufereien den Alkohol, der das Denken trübt, das Fühlen verälscht und den Menschen entwürdigen kann, fernhalten. Die Arbeiterpartei muß gerade an diesem Tage zeigen, daß sie die Trägerin und Förderin einer höheren Kultur ist, und die Meinung Kallbalds beherzigen: „Es ziemt ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die mühsigen Zerstreungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Reichtum der Unbedeutenden.“

Wie der 2. Kreis den Mai feiern wird.

Der 2. Kreis, Tiergarten, der SPD, hat sich vorgenommen, den Berliner Parteigenossen zu beweisen, daß es nicht darauf ankommt, wo man Feste feiert, sondern wie man es tut. Das scheint bitter notwendig zu sein im Hinblick auf die „Volksfeste“, wie sie in den letzten Jahren in Berlin zum 1. Mai vielfach veranstaltet wurden.

Um 3 Uhr öffnen sich die Pforten des Hippodroms, um 4 Uhr beginnt im Garten das Konzert mit Gesangsaufführungen des Männerchors Heidenstein aus Siemensstadt und turnerischen Vortrügen des Sportvereins Nooki und der Freien Turnerschaft Westens. Ferner ist dort ein politisches Museum und eine Antikriegsausstellung zu sehen. Um 7 Uhr folgt eine politische Reue, um 8 Uhr werden zwei Szenen aus Tolsters Wandlung gespielt, die mit dem gemeinschaftlichen Gesang der Internationale und einem Fackelzug ihren Abichluß finden. Während sich unter den Klängen der Musikapelle, die den Fackelzug spielt, die Fackelträger nach den Terrassen bewegen, sammeln sich dort auch alle Festteilnehmer, um der Festrede des Genossen Crispian zu lauschen.

In Alt-Berlin feiert die Jugend den ersten Mai nach ihrer Weise. Was dort alles gespielt wird, kann nicht verraten werden, denn die SPD. hält sich in geheimnisvolles Schweigen.

Nach der Festrede beginnt im Raborettsaal das politische Kabarett. In zwei anderen Sälen wird gefeiert.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postauslage bei.

Unsere Mainummer. Die Sonnabend-Morgenausgabe des „Vorwärts“ wird dem 1. Mai gewidmet sein. Sie enthält u. a. Beiträge von Otto Weis, Th. Leipart, Ramfay MacDonald, Arb. Henderson, E. Jouhaux, William Green, dem Führer der amerikanischen Gewerkschaften, J. Dudgeon, M. Huber, Vanderveelde, Stauning und vielen anderen. — Die nächste Ausgabe des „Vorwärts“ mit den Berichten über die Maifeiern im Reiche und in Berlin wird am Montag früh erfolgen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

74. Wkt. Jochenberg. Genossen beteiligen sich mit ihrem Fleiß und der Jugend an der Maifeiern des Gewerkschaftsbundes am 10 Uhr im Lindenpark Alfred Bieleckis wird registriert. Nachmittags und abends Po-lakfest.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeitervereine. Gruppe Oran: 80 Arbeiter sitzen den 1. Mai. Sie treffen sich Sonntag, 1. Mai, früh 8 Uhr, am Rathaus zu einem Maipolizierabend mit den Arbeitervereinen. — Gruppe Charlottenburg: 40 Arbeiter treffen sich Sonntag, 1. Mai, nachmittags 2-3 Uhr, auf dem Spandauer Hof beim Freund Reuland. „Der Arbeiter“, kommt dort zu sich. Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin. Verberlegt Preussener Berg 1: Treffpunkt der Arbeiter der Partei, morgen, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr. Dampfer Straße Ecke Preussener Berg. Sonntag, den 2. Mai, Treffpunkt zum Maipolizierabend in Treptow, nachmittags 3 Uhr. Abfahrt mit Lokauto pünktlich 1/2, 2 Uhr, Dampfer Straße Ecke Preussener Berg. Jahrgeld 30 Pf.

Geschäftliche Mitteilungen.

John Kellermanns veranstaltet die allbekannte Herren- und Frauen-bekleidungsfirmen C. Iseler, Eberbach, Haupt, Ede Gruenewalds und bringt mit diesen Annehmlichkeiten einen enorm preiswerten Anwalt und Wähler zum Verkauf. Wir empfehlen unsern Lesern auf das Inerest in vorstehender Nummer.

Vielen Berlinern ist der Weltkriege die allbekannte Herren- und Frauen-bekleidungsfirmen C. Iseler, Eberbach, Haupt, Ede Gruenewalds und bringt mit diesen Annehmlichkeiten einen enorm preiswerten Anwalt und Wähler zum Verkauf. Wir empfehlen unsern Lesern auf das Inerest in vorstehender Nummer.



Für jede Figur

die richtige Passform in fertiger Kleidung Große Auswahl * Niedrige Preise

Table with 4 columns: Item description (e.g., Sakko-Anzug, Sport-Anzug), price, and additional details (e.g., 'halbhare Qualität', '4teilig, mit lang. u. kurz. Hase').

Berufskleidung für jedes Gewerbe in größter Auswahl zu billigsten Preisen

Leineweber

Berlin C. Köllnicher Fischmarkt 4-6

